der Basis des Militärgesetzes Paul Boncour alle Vorbereitungen für den kommenden Krieg bis zur Militarisierung von Frau und Kindern, von Fabriken und Gewerkschaftsorganisationen getroffen sind. Der französische Friedensengel darf mit einiger Befriedigung unterschreiben. Es ist ihm gelungen, vor der Unterschrift den amerikanischen Angriff auf die französischen Militärbündnisse in Europa, auf das Bündnis mit Polen, mit der Tschechoslowakei, mit Jugoslawien usw. etwas zurückzuschlagen. Ausdrücklich stellt die schmalzige Erklärung von Briand fest, daß die „Auslegung", die die Regierung der Vereinigten Staaten dem neuen Vertrage gibt, in nichts das Recht der „Selbstverteidigung" beschränkt oder beeinträchtigt: **„Jedes Volk behält stets die Befugnis, sein Land gegen einen Angriff oder einen Einfall zu verteidigen.** Es hat allein zu entscheiden, ob die Umstände es nötigen, zu seiner eigenen Verteidigung zum Kriege zu schreiten, keine der Bestimmungen des neuen Vertrages steht im Widerspruch zur Völkerbundsatzung, ebensowenig zu den Locarno-Verträgen oder den Neutralitätsverträgen". In diesem Sinne begrüßt Herr Briand diese „neue Kundgebung der Brüderlichkeit der Menschheit, die mit dem innersten Streben des französischen wie des amerikanischen Volkes aufs schönste übereinstimmt". Man erinnert sich, daß der Dollar-Friedensengel die finanzielle Abhängigkeit Frankreichs von Amerika ausnutzend, in monatelanger Vorarbeit versucht hatte, den Kellogg-Pakt gegen die Aufrechterhaltung der französischen Kontinental-Kriegsbündnisse durchzusetzen. Das Ergebnis des französischen Widerstandes ist da, die Eingliederung dieser Kriegsbündnisse in den großen Friedensbund der Friedensengel. „Aufs schönste" stimmen jetzt französische und amerikanische Imperialisten überein.

Wo alles liebt, konnte Mussolini allein nicht hassen. Auch er gliedert seine faschistische Blutarmee unter das Kommando der großen Friedensengel ein.

Die Hindenburg-Parteien endlich unter Stresemanns Führung griffen gierig nach dem neuen Friedenspakt. Für sie ist er so recht die neue Plattform zur Forderung der Abrüstung der anderen, nachdem die Diskussion auf der Basis des Kampfes gegen den „Schandvertrag von Versailles" etwas allerdschwach geworden war. Sie haben als erste unterzeichnet, auch hier Deutschland über alles in der Welt voran.

Fehlt nur noch der Hauptpropagandist für die neue Epoche des Völkerfriedens mit rund 80000 Geschützen, 8000 Tanks und 25000 Kriegsflugzeugen der 6 großen Friedensengel. Aber dieser Propagandist meldet sich: Es ist die Sozialdemokratie. „Nicht ohne Reserven", aber mit um so größerer Begeisterung und Schwungkraft, mit um so geballter Zunge gegen den Friedensstörer, der jetzt noch bleibt, gegen die Sowjetunion, tritt sie auf den Plan. „Die amerikanische Initiative hat zweifellos ein Gutes, sie hämmert den Gedanken, daß der Krieg ein Verbrechen ist, abermals in die Köpfe der Menschen ein", schreibt der Vorwärts. Der geplante Friedenspakt, die Achtung des Krieges, werde dazu beitragen, das arme Amerika aus seiner bisherigen „selbstgewollten Isolierung" gegenüber dem so friedensbereiten Europa der Mussolini, Paul Boncour, Chamberlein und Gröner herauszubringen. Alles ist in Friedensbutter. Bomben, Phosgen, Tanks, Unterseeboote, Dreadnoughts haben ihre Bedeutung verloren. Sie besitzen sozusagen nur noch antiquarischen Wert. Die Monopolkapitalisten selbst haben den Wert des Weltfriedens begriffen. Ihre Rüstungen dienen nur noch der „Landesverteidigung". Und, versteht sich, der Verteidigung gegen die bolschewistische Gefahr.

Das alles werden sich die Arbeiter vor Augen halten, wenn sie in der Vorbereitung des 4. August auf das Gequassel der Klassenverräter und die Propaganda des „friedlichen Imperialismus" stoßen, die den bevorstehenden Abschluß des größten Imperialistenbündnisses, das die Weltgeschichte kennt, des Kellogg-Kriegspaktes, als Anbruch einer neuen glücklicheren Menschheitsepoche feiern. Und sie werden am 4. August in größeren Massen als jemals vorher gegen die drohende Kriegsgefahr der imperialistischen Verbrecher und ihrer Zutreiber von der Sozialdemokratie aufmarschieren mit der Losung: Nie wieder imperialistischer Krieg, daher Sturz der demagogischen Imperialistenregierungen, Sturz des kapitalistischen Systems, Verwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg, wenn die Friedenshelden wagen werden, nach der Verschleierung ihrer Kriegsvorbereitungen durch Friedensschwindel zur Waffe zu greifen.

Tagung der englischen Bergarbeiter

London, 18. Juli. (Eig. Drahtmeldung.)

In Landudno (Süd-Wales) trat heute die diesjährige Generalversammlung des englischen Bergarbeiterverbandes zusammen. In der Eröffnungsansprache wies der Vorsitzende auf den Rückgang der Mitgliederzahl hin. Besonders im letzten Jahre war ein Rückgang von über 150 000 zu verzeichnen. Der Vorsitzende des Verbandes, Cook, für Teilnahme des Bergarbeiterverbandes und des Generalrates der Gewerkschaften an den Mond-Konferenzen zur Schaffung des industriellen Friedens ein.

Proteststreik der polnischen Bergarbeiter

Berlin, 18. Juli. Der polnische Zentralverband der Bergarbeiter für den Bezirk Ost-Oberschlesien, Dombrowka und Krakau beschloß, am 25. Juli in einen 24stündigen Proteststreik einzutreten.

Die Rettung Tschuchnowskis bestätigt

Berlin, 18. Juli. (Eigene Drahtmeldung.)

Die gestrige Meldung über die Rettung des Fliegers Tschuchnowski und seiner vier Begleiter wurde bestätigt.

Mißstimmung bei Nobile

TU Oslo, 17. Juli. Wie aus Spitzbergen gemeldet wird, hat die „Citta di Milano" den Befehl erhalten, die Geretteten der „Italia"-Mannschaft an Bord zu nehmen, um sie von Kingsbay nach Narwik (Norwegen) zu bringen. Nobile soll sich, obwohl sich sein Zustand in letzter Zeit stark gebessert hat, noch nicht außerhalb seiner Kajüte gezeigt haben. Ueber ganz Spitzbergen herrscht schlechtes Wetter. Ein aus Kingsbay hier eingetroffener Pressevertreter berichtet, daß die Stimmung an Bod der Citta die Milano außerordentlich schlecht sei. Die Mannschaft soll den Kommandanten aufgefordert haben, den italienischen Geistlichen von Bord zu entfernen, da er ihrer Meinung nach Schuld an dem unglücklichen Ausgang der Expedition habe.

Der Flieger Babuschkin erneut aufgestiegen

TU Kowno, 17. Juli. Aus Moskau wird gemeldet, daß der Flieger Babuschkin gestern aufgestiegen sei, um Amundsen zu suchen. Er führt Lebensmittel für fünf Tage mit sich und hofft, den Aufenthaltsort Amundsens feststellen zu können.

„Malygin" im Eise festgefahren

TU Kowno, 18. Juli. Wie aus Moskau gemeldet wird, ist zur Zeit der Eisbrecher Malygin in Eismassen eingeklemmt, die ihn mit einer Geschwindigkeit von 1½ Seemeilen nach dem Norden treiben. Die Versuche Malygins, die Eismassen zu durchbrechen, blieben erfolglos.

Zentraleprozeß und Amnestie

Die sozialdemokratische Presse sucht immer noch Ablenkungsmanöver wegen ihres schändlichen Verhaltens in der Amnestiefrage. Geradezu krampfhaft sucht sie wieder einmal den Kampf der Kommunisten um die Amnestierung der proletarischen Gefangenen hinzustellen, als ob es den kommunistischen Führern vor allem darauf angekommen wäre, den Zentraleprozeß amnestieren zu lassen.

Und da der Genosse Stöcker in der letzten Reichstagssitzung besonders wirkungsvoll das klägliche Verhalten der sozialdemokratischen Führer aufzeigte und ihre Reichstagsfraktion bis auf die Knochen blamierte, richtet sich die Wut besonders gegen ihn. Die Dresdner Volkszeitung und die übrige SPD-Presse bringt es sogar fertig, ihn persönlich zu verdächtigen, da die linken Phraseure am Wettinerplatz andere nur nach der eigenen Gesinnung beurteilen können. Um überhaupt Material zu finden, muß die Volkszeitung auf Vorgänge zurückgreifen, die vier Jahre zurückliegen. Die Volkszeitung regt sich darüber auf, daß Genosse Stöcker es im Jahre 1924 für richtiger hielt, einen Haftentlassungsantrag für den Genossen Heckert einige Wochen später zu stellen als Landsberg. **Die Taktik des Genossen Stöcker hat sich als richtig erwiesen,** denn eine frühere Ablehnung hätte damals bedeutet, daß Heckert **noch etwa ein Jahr hätte in Haft bleiben können.** Selbstverständlich hat Genosse Stöcker in allen Stadien der Amnestieverhandlungen **in vollem Einverständnis mit der Zentrale** unserer Partei gehandelt.

Und nun zum Zentraleprozeß. Dieser von der deutschen Klassenjustiz geplante Prozeß ist **nicht eine Angelegenheit einzelner Führer,** sondern **eine Angelegenheit der gesamten Partei** des revolutionären Proletariats, wollte doch die deutsche Bourgeoisie durch dieses Verfahren gegen etwa zwanzig leitende Genossen die **Führung unserer Partei lahmlegen.** Und besonders interessant ist, daß bereits ein zweiter Zentraleprozeß gegen die neue Parteizentrale eingeleitet war, was erst in den letzten Tagen bekannt geworden ist.

Die Gesamtpartei hatte also ein starkes Interesse, den Kampf gegen diesen Prozeß zu führen. Dennoch hat die Partei und auch die Reichstagsfraktion selbstverständlich das Schicksal der proletarischen Gefangenen stets vorangestellt. Die Volkszeitung verschweigt, daß bei der Amnestieberatung von 1925, als die Amnestie wegen des Zentraleprozesses nur bis 1. Oktober datiert werden sollte, Genosse Stöcker im Auftrage der Partei ausdrücklich vorschlug und förmlich beantragte, den Zentraleprozeß aus der Amnestie herauszunehmen, dafür aber die proletarischen Gefangenen bis zu einem späteren Datum zu amnestieren. Dieser kommunistische Antrag wurde aber vom Reichstag abgelehnt.

Als die Amnestie im März dieses Jahres zu scheitern drohte, erklärte Genosse Stöcker dem Abgeordneten Landsberg wiederum, daß, wenn die Amnestie wegen des Zentraleprozesses scheitern sollte, er vorschlage, **den Zentraleprozeß von der Amnestie auszunehmen,** dafür aber endlich die proletarischen Gefangenen, die seit Jahren in den Zuchthäusern und Gefängnissen sitzen, freizulassen.

Die Amnestie scheiterte dann im März wegen der Haltung der Sozialdemokraten zur Frage der Fememörder.

Diese Tatsache verschweigt natürlich die Volkszeitung, wie sie auch verschweigt, daß die Sozialdemokraten von 1925 bis zu diesem Jahre, also 1928, **nicht einen einzigen Amnestieantrag im Reichstage eingereicht haben** und sich bei der Beratung der zahlreichen kommunistischen Anträge meist nur auf kurze lahme Erklärungen beschränkten, in allen Landesparlamenten, wie Preußen, Baden usw., aber die Anträge für eine Generalamnestie stets ablehnten.

Die Volkszeitung, die jetzt gegen die „ehr-, scham- und würdelosen Machenschaften" der Kommunisten und insbesondere der Zentralemitglieder **Ewert, Pfeiffer, Stöcker, Koenen, Heckert, Hörnle** usw. heuchlerisch tobt, macht sich damit nur lächerlich. Sie versuchte in der Wahlzeit ebenso heuchlerisch diese Genossen vor dem Proletariat anzuklagen, weil sie es vorzögen, **„im sicheren Moskau die Wahlkampfe abzuwarten, während ihre armen Opfer in den Gefängnissen schmachten".** Die Arbeiter haben selbst festgestellt, daß Ewert, Pfeiffer, Stöcker usw. nicht illegal an der Wahlarbeit teilnahmen, sondern in den größten Wahlversammlungen der KPD trotz ihrer Verfolgung unter dem Schutze der Arbeiter offen auftraten und den Verfolgungsapparat dem Gelächter der Arbeiter preisgaben. Daß die SPD-Führer jetzt nach der Teilamnestie vor Wut überschäumen, das kommt daher, weil sie sehen müssen, wie die Arbeiter sich nicht bei ihnen schön für die Amnestie bedanken, sondern die Erzwingung der Teilamnestie quittieren mit der Anklage für zehn Jahre Mord und Meuchelmord unter der Führung der SPD und mit der Forderung nach der Vollamnestie für die Opfer, die auch heute noch in den Kerkern der Klassenjustiz schmachten müssen, weil die sozialdemokratischen Führer der Gegenrevolution auch noch die Führer jedes Amnestieverrates geworden sind. Und das ist bitter für die Koalitionshelden. Sie hofften mit der Teilamnestie ihr Geschäft zu machen. Sie hofften, die Amnestie würde den Verrätern der Arbeiterklasse einen billigen Glorienschein verschaffen. Das Gegenteil ist eingetreten. Tief aufgewühlt fordern die Arbeiter die volle Amnestie und die Abrechnung mit der SPD. Vergeblich unternimmt sie ihren Ablenkungsversuch, vergeblich schleudert sie Gift und Galle gegen die kommunistische Führung. Die Massen begreifen immer mehr, daß der Amnestiekampf keine „Rettungsaktion" für die kommunistische Führung bedeutet, wohl aber einen notwendigen Kampf der Klasse, die ihre verdientesten Kämpfer den Klauen der Klassenjustiz entreißt, um gesammelter und geschlossener als je den Kampf gegen das ganze Unterdrückungssystem mit ihnen gemeinsam aufnehmen zu können.

Drohender Bergarbeiterstreik im Saargebiet

Saarbrücken, 17. Juli. (Eig. Drahtmeldung.)

Die Verhandlungen der Bergarbeiterverbände mit der Generaldirektion der französischen Saargruben sind bis jetzt ohne Ergebnis geblieben. Die Lage wird allgemein als kritisch bezeichnet. Generaldirektor Deslin erklärte sofort, nachdem er sich an den Verhandlungstisch gesetzt hatte, daß eine Lohnerhöhung nicht möglich sei, da die Saargruben infolge Absatzmangels ständig mit Verlust arbeiten müßten. Als die Arbeitervertreter die Richtigkeit dieser Angaben in Zweifel zogen und anführten, daß sich die Haldenbestände in den letzten Monaten um 200 000 Tonnen verringert hätten, verließ der Generaldirektor erregt den Verhandlungssaal und ließ die scharfen Worte fallen: „Wenn es den Bergleuten hier nicht paßt, können sie ja auswandern." Die Organisationsvertreter unterbreiteten darauf den zurückgebliebenen Beisitzern ihre Forderungen. Die Bergarbeiterverbände werden für Sonntag in zahlreichen Ortschaften Versammlungen einberufen, um zur Lage Stellung zu nehmen. Es herrscht der einmütige Wille, die jetzige Not nicht länger als unabänderliches Schicksal hinzunehmen, sondern eine Lohnerhöhung selbst mit dem letzten Mittel, dem Streik, unter allen Umständen durchzusetzen. Sollte also die Bergwerksdirektion weiterhin unnachgiebig bleiben, so stände dem Saargebiet eine wirtschaftliche Katastrophe von größtem Ausmaß bevor.

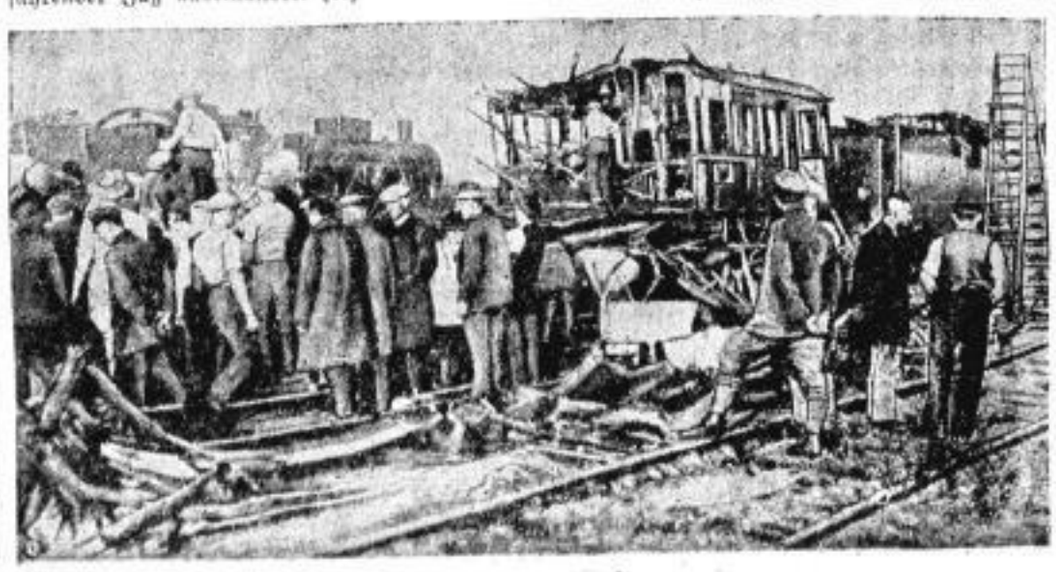
Die Schuld des Dorpmüller-Systems

München, 17. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der **Einheitsverband der Eisenbahner,** Bezirk Südbayern, veröffentlicht auf Grund des neuen furchtbaren Eisenbahnunglücks seine Stellungnahme dazu, die in jeder Hinsicht unsere Behauptungen, daß die **Reichsbahn-Direktion** für dieses Unglück **verantwortlich** ist, **unterstreicht.** Der Einheitsverband der Eisenbahner enthüllt in seiner Stellungnahme die **Mißwirtschaft** auf der deutschen Reichseisenbahn, die Schuld an den verschiedenen furchtbaren Eisenbahnunglücken der letzten Zeit trägt und die, wenn keine Aenderung erfolgt, in Zukunft noch zu viel größeren Unglücken führen muß.

In der Darstellung des Einheitsverbandes wird insbesondere die Tatsache unterstrichen, daß an den verkehrsreichsten Stellen und den größten Bahnhöfen die wichtigsten Stellen oft nur schwach besetzt sind und durch die Dienstdauervorschriften das Personal oft abgehetzt und ermüdet seinen schweren und verantwortungsvollen Dienst verrichten muß. Mit voller Schärfe wendet sich der Eisenbahnerverband dagegen, daß die Reichsbahndirektion auch jetzt wieder, wie bei den früheren Unglücken **die Schuldigen bei den unteren Eisenbahnbeamten sucht,** wie sie dies durch die Verhaftung der drei Eisenbahner beweist. — Die mißlichen Verhältnisse der schlechtbezahlten Eisenbahner, die bei überlanger Arbeitszeit fronen müssen, sind es auch, die am Sonntag, als das große Unglück auf dem Münchner Hauptbahnhof geschah, zu gleicher Zeit beinahe zu **drei weiteren Unglücken geführt** hätten. So wurden bei der Hackerbrücke **sechs Wagen ohne Bremspersonal abgestoßen** und liefen einfach auf den Prellbock im Hauptbahnhof auf. Nur ein glücklicher Zufall verhütete hier ein Unglück. Des weiteren riß am Münchner Hauptbahnhof ein aus Kufstein kommender Zug und bei Rimsting am Chiemsee ein von Berchtesgaden nach München fahrender Zug auseinander. (!!)

Ueber das Hauptunglück auf dem Hauptbahnhof, dem eine Reihe von Menschen zum Opfer fielen, wird berichtet, daß der **Hilfs- und Rettungsdienst in keiner Weise funktionierte,** was ein weiterer Beweis für die unzulängliche Organisation und die Schuld der Reichsbahndirektion ist. So wurde z. B. beim Ausbruch des Feuers im Zug nicht sofort die Feuerwehr alarmiert, sondern die Bahnbeamten mußten auf obere Anweisung mit den notdürftigsten Mitteln versuchen, das Feuer zu löschen. Aus den in der Nähe befindlichen Zügen wurden zu diesem Zweck Feuerlöschapparate, Wassereimer und Kannen geholt und es zeigte sich dabei, daß **die Feuerlöschapparate zum Teil gar nicht gefüllt** waren, desgleichen enthielten die Kannen **kein Wasser.** Kostbare Zeit ging dabei zur Rettung der Verunglückten verloren. Als dann endlich die Feuerwehr alarmiert wurde, konnte dieselbe längere Zeit nicht zur Unglücksstelle gelangen, da die großen Tore zu den Gleisanlagen **verschlossen** waren und dann gestaltete sich die Arbeit der Feuerwehr noch sehr schwierig, da zwischen den Gleisanlagen keine Hydranten vorhanden waren.

Diese Stellungnahme des Einheitsverbandes der Eisenbahner läßt nicht mehr den geringsten Zweifel an der Schuld der Reichsbahndirektion an den Eisenbahnunglücken aufkommen. In erster Linie gilt es, dagegen den Kampf aufzunehmen, indem der Einheitsverband der Eisenbahner nicht wie bisher die Interessen der Eisenbahnarbeiter und Beamten nicht mit dem nötigen Nachdruck verficht, sondern bez. Arbeitszeit und Lohn muß unter allen Umständen eine Verbesserung erzwungen werden. Darüber hinaus muß die gesamte Arbeiterschaft den Kampf führen, daß die **Rieseneinnahmen der Reichsbahn** nicht für hohe Gehälter der Reichsbahndirektoren und obersten Beamten verausgabt, sondern zur Verbesserung des Reichsbahnmaterials und Beförderungsmittels verwandt werden.



Der Schauplatz der Münchener Katastrophe

Die Lokomotive war in den letzten Wagen hineingefahren und hatte ihn fast völlig zertrümmert, wie unser Bild zeigt. Da dieser Wagen auch noch in Brand geriet, war die Bergung der Verunglückten nicht möglich, ehe der Brand gelöscht war.